

DHPV *Aktuell*

Bundesweites Informationsmedium für alle in der Hospiz- und Palliativarbeit Tätigen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

„In Selbstbestimmung und Würde leben bis zuletzt“ – das ist das vorrangige Anliegen und das Ziel der Hospizbewegung und der Palliativmedizin. In der vergangenen Woche haben die Medien aus aktuellem Anlass erneut die Diskussion über aktive Sterbehilfe und organisierte Beihilfe zum Suizid aufgegriffen, ein Thema, das die Menschen bewegt und viele verunsichert. Der DHPV hat die erneuten Aktivitäten des ehemaligen Hamburger Justizsenators Kusch zum Anlass genommen, sich in einem Schreiben an die Politik zu wenden und die Verantwortlichen aufzufordern, eine klare Rechtslage zu schaffen, damit organisierte und gewerbsmäßige Sterbehilfeaktivitäten unterbunden werden können. Dies auch vor dem Hintergrund, dass im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP ausdrücklich aufgenommen wurde, die gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen (Näheres s. S. 3).

Die Hospizbewegung und Palliativmedizin sind die Antwort auf die Verzweiflung vieler Menschen in einer ihnen ausweglos erscheinenden Situation; es muss daher alles dafür getan werden, die Strukturen, insbesondere auch für eine Versorgung zuhause, weiter auszubauen, damit alle Menschen, die eine entsprechende Versorgung benötigen, auch Zugang zu ihr erhalten. Dazu müssen die so wichtigen neuen Gesetze aus der letzten Legislaturperiode - zur Einführung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) und zur Finanzierung der ambulanten und stationären Hospizarbeit - endlich flächendeckend umgesetzt und die offenen Fragen geklärt werden. Auch dazu und zum Engagement des DHPV berichten wir in dieser Ausgabe.

Ihre
Dr. Birgit Weihrauch
Vorsitzende

Inhalt

Vorwort	01
1. Aktuelles aus Politik und Verbänden	02
2. Neues aus der Presse	04
3. Veranstaltungen	04
4. Internes	05

1. Aktuelles aus Politik und Verbänden

Änderung der Rahmenvereinbarungen gem. § 39a SGB V für die stationäre und ambulante Hospizarbeit

Wie in DHPV Aktuell Nr. 19 berichtet, konnten die Gespräche zur Überarbeitung der Rahmenvereinbarungen gem. § 39a SGB V bisher nicht abgeschlossen werden. Das nächste Verhandlungsgespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern des GKV-Spitzenverbands wird am 2. Februar 2010 stattfinden. Zur Vorbereitung dieses Gespräches hat am 11. Januar 2010 ein Gespräch mit den Vorständen der Landesarbeitsgemeinschaften Hospiz/Hospiz- und Palliativ-Landesverbänden stattgefunden. Im Rahmen dieses Treffens wurden die aus Sicht der Kostenträger zusätzlich in die Rahmenvereinbarungen aufzunehmenden Punkte eingehend erörtert und das weitere Vorgehen bezüglich der Weiterführung der Verhandlungsgespräche abgestimmt.

Über die Ergebnisse des Verhandlungsgespräches am 2. Februar 2010 wird der DHPV die Landesarbeitsgemeinschaften Hospiz/Hospiz- und Palliativ-Landesverbände auch im Hinblick auf das bereits laufende Förderverfahren für die ambulanten Hospizdienste im Jahr 2010 zeitnah informieren.

AG SAPV (Arbeitsgemeinschaft des DHPV, der DGP und der IG SAPV)

Als bundesweite Initiative des DHPV, der DGP und der IG SAPV wird die AG SAPV im Februar eine eigene Internetplattform frei schalten. Die Internetadresse lautet www.ag-sapv.de. Mit dieser Seite soll über die aktuellen Entwicklungen in den Ländern und Regionen, abgeschlossene Verträge, Vergütungskonzepte, Dokumentations- und Qualitätssicherungsverfahren informiert und Transparenz hergestellt werden. Außerdem werden sich auf dieser Seite die gesetzlichen Grundlagen und rechtlichen Rahmenvorgaben zur SAPV, Stellungnahmen und Hinweise des DHPV und der DGP, sowie hilfreiche Links finden. Um aktuelle Informationen zu den abgeschlossenen Verträgen und Musterverträgen sowie zu den einzelnen bundesweiten Dokumentations- und Qualitätssicherungsverfahren auf der Internetseite einstellen zu können, wird Anfang Februar über die jeweiligen Email-Verteiler des DHPV, der DGP und der IG SAPV eine aktuelle Erhebung durchgeführt. **Der DHPV bittet alle mit der Umsetzung der SAPV befassten Kolleginnen und Kollegen schon an dieser Stelle, das beigefügte Raster so detailliert wie möglich auszufüllen und zurückzuschicken.** Nur wenn sich so viele Leistungserbringer wie möglich beteiligen, kann die Internetplattform eine größtmögliche Transparenz im Bundesgebiet sicherstellen.

Am 3. Februar treffen sich Vertreter der AG SAPV mit Experten aus dem Arzneimittelrecht zu Fragen der Arzneimittelversorgung in der SAPV. Die Praxis hat gezeigt, dass sich im Zusammenhang mit der Verordnung und Abgabe von Arzneimitteln zahlreiche rechtliche und tatsächliche Fragen stellen, die dringend einer Klärung bedürfen. Bei dem Treffen wird es darum gehen, diese Praxisprobleme näher zu benennen und das weitere Vorgehen zu deren Lösung festzulegen.

Änderung der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtMVV)

In den Ausgaben 15 und 16 von DHPV *Aktuell* hatten wir ausführlich über die dringende Notwendigkeit einer Änderung der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtMVV) berichtet. Sowohl für die Umsetzung der SAPV wie auch für die Versorgung mit Betäubungsmitteln der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Hospizen ist eine Klärung der Rechtsgrundlagen dringend erforderlich. Die im Jahr 2007 mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vorgenommene Änderung der BtMVV, mit der ermöglicht

werden sollte, dass nicht verwendete Betäubungsmittel in Hospizen und Pflegeeinrichtungen nach ärztlicher Verordnung auch an einen anderen Patienten weitergegeben werden dürfen, hatte sich in der Praxis als nicht ausreichend und wenig praktikabel erwiesen. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hatte bereits im Jahre 2008 einen ersten Diskussionsentwurf zur Änderung der BtMVV vorgelegt und auch zu einer ersten Besprechungsrunde eingeladen, das Vorhaben dann aber nicht zeitnah weiter verfolgt. Daher hatte der DHPV sowohl im August als auch erneut im Dezember 2009 in entsprechenden Minister-schreiben das BMG gebeten, im Interesse der weiteren Umsetzung der SAPV und im Interesse der in den stationären Hospizen versorgten Patientinnen und Patienten möglichst zügig zu einer entsprechenden Änderung der BtMVV zu kommen. Eine weitere Be-sprechung im BMG hatte danach im Oktober 2009 stattgefunden. Minister Dr. Rösler hat nun in seinem Antwortschreiben an den DHPV die Notwendigkeit und die Zielstellung be-stätigt; wir werden uns - gemeinsam mit der AG SAPV - für eine zügige weitere Um-setzung einsetzen.

Bericht des gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zur Umsetzung der SAPV

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat zwischenzeitlich seinen „Bericht an das Bundesministerium für Gesundheit über die Umsetzung der SAPV-Richtlinie für das Jahr 2009“ vorgelegt. Mit der Genehmigung der SAPV-Richtlinie in ihrer Fassung vom 20. Dezember 2007 durch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) am 14. Februar 2008 hatte dieses zugleich dem G-BA die Auflage erteilt, jährlich, erstmals zum 31. Dezember 2009, einen Bericht über die Leistungsentwicklung im Bereich der SAPV vorzulegen. Neben der Darstellung der Leistungsentwicklung beauftragte das BMG den G-BA, zu einigen konkreten Fragen gezielt Stellung zu nehmen (insbesondere zur Berücksichtigung der Belange der Kinder, zu den Rückwirkungen auf andere Leistungsbereiche sowie zur Notwendigkeit von Verbesserungen der Palliativversorgung außerhalb des Bereiches der SAPV). Der Bericht ist auch auf der Internetseite des DHPV eingestellt. Er wird derzeit innerhalb der AG SAPV ausgewertet und kommentiert.

Rechtslage klären: Verbot von gewerbsmäßiger Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung gefordert

In der vergangenen Woche hat der frühere Hamburger Justizsenator Kusch mit der Gründung seines neuen Vereins „SterbeHilfeDeutschland“ erneut für Schlagzeilen gesorgt. Der DHPV hatte bereits wiederholt in der Vergangenheit zu den Machenschaften des früheren Justizsenators klar Stellung bezogen und eine entsprechende rechtliche Klar-stellung gefordert, mit der die organisierte und gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung untersagt wird. In einem Schreiben an die Bundesjustizministerin, nachrichtlich auch an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und den Bundesgesundheitsminister, hat der DHPV aus aktuellem Anlass diese Forderung nun wiederholt und eine rechtliche Klarstellung angemahnt und zugleich darauf hingewiesen, dass die Weiter-entwicklung und der weitere Ausbau der Hospizarbeit und Palliativversorgung vor diesem Hintergrund hohe Priorität haben müssen.

Der Bundesrat hatte am 4.7.2008 einen Beschluss zum „Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der geschäftsmäßigen Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung“ mit großer Mehrheit der Länder gefasst, mit dem Ziel, die gewerbliche Suizidbeihilfe unter Strafe zu stellen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative ist aber bislang nicht weiterverfolgt worden. Auch die neue Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP ausdrücklich die Absicht aufgenommen, „die gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen“ (s. auch Neues aus der Presse, S. 4).

2. Neues aus der Presse

Aus Anlass des Neujahrsempfangs des DHPV mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Verbänden und Krankenkassen am 15. Januar 2010 in Berlin und eines am gleichen Tag stattfindenden Treffens des geschäftsführenden Vorstands mit der Schirmherrin Prof. Dr. Däubler-Gmelin hat der DHPV eine **Presseerklärung** herausgegeben.

Eine weitere **Presseerklärung** des DHPV vom 22. Januar 2010 bezog sich auf die Finanzierung stationärer Hospize: durch Darstellungen in den Medien war der Eindruck erweckt worden, dass eine große Zahl von stationären Hospizen weiterhin einen Eigenanteil von Patienten erhebt. Da dies nicht den Tatsachen entspricht, wurde mit dieser Presseerklärung diesem Eindruck klar entgegengetreten.

Am 27.1.2010 gab der DHPV aus aktuellem Anlass eine weitere **Presseerklärung** heraus, in der über die Forderung des DHPV gegenüber der Bundesjustizministerin berichtet wurde, möglichst zügig eine rechtliche Klarstellung vorzunehmen, mit der die Beihilfe zur Selbsttötung in organisierter und gewerblicher Form unterbunden wird (s. auch S. 3).

Alle **Presseklärungen** sind auf der Internetseite des DHPV (www.hospiz.net) eingestellt.

Die nächsten zwei Ausgaben des **Bundes-Hospiz-Anzeigers** werden sich mit dem Schwerpunktthema der *Allgemeinen* Palliativversorgung (APV) befassen. Dazu wurden Experten aus den verschiedenen Bereichen der allgemeinen Palliativversorgung (u.a. Kostenträger, Haus- und Palliativärzte, Vertreter von Pflegeeinrichtungen, aus dem Krankenhausbereich und aus der Politik) mit der Bitte um Erstellung von Beiträgen angefragt. In der nächsten Ausgabe des Bundes-Hospiz-Anzeigers wird außerdem der neue Vorstand des DHPV im Einzelnen vorgestellt werden.

3. Veranstaltungen

Veranstaltungen unter Einbeziehung des DHPV

Tag der Kinderhospizarbeit

Am 10. Februar 2010 findet der Kinderhospiztag statt.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen erhalten Sie über die Internetseite des Deutschen Kinderhospizvereins: www.deutscher-kinderhospizverein.de

29. Deutscher Krebskongress

Thema: Strukturen verändern – Heilung verbessern

Vom 24. bis 27. Februar 2010 in Berlin

Weitere Informationen: www.krebsgesellschaft.de

Symposium der International Working Group on Death, Dying and Bereavement

Thema: Palliativmedizin und Hospizarbeit im 21. Jahrhundert. Was ist gewiss?

08. Mai 2010 in Bergisch-Gladbach

Weitere Informationen: www.iwgddb.org

4. Internes

Einweihungs- und Neujahrsempfang

Am 15. Januar 2010 hatte der DHPV zum ersten Mal zu einem Neujahrsempfang in die neuen Räume des DHPV eingeladen. Zahlreiche Vertreter aus Politik, Verbänden und Krankenkassen nahmen daran teil. Nach einem kurzen Willkommensgruß von Dr. Birgit Weihrauch, in der sie auf die großen Erfolge der Hospiz- und Palliativarbeit im vergangenen Jahr und auf die Bedeutung einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern auch in diesem Jahr hinwies, fand ein reger Austausch zwischen den Gästen statt. Der Neujahrsempfang war eine gelungene Veranstaltung und wird auch im nächsten Jahr wieder stattfinden.



Dr. Birgit Weihrauch, Vorsitzende des DHPV, im Gespräch mit Dr. Rainer Hess, dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA).



Gäste des Neujahrsempfangs

Gespräch mit der Schirmherrin des DHPV

Ebenfalls am 15. Januar fand ein Treffen des geschäftsführenden Vorstands des DHPV mit der Schirmherrin des DHPV, Frau **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin**, statt. Gegenstand des Gespräches waren die Planung und die Abstimmung der weiteren gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen der Hospiz- und Palliativarbeit. Thema waren insbesondere die aktuellen politischen Themen sowie die Weiterführung der Arbeit des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz des Deutschen Bundestags.



Zertifizierung stationärer Hospize

In der gemeinsamen Kommission von DHPV und DGP zum Thema "Qualität" wurde in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer Westfalen/Lippe ein erster Entwurf für einen Anforderungskatalog zur Zertifizierung stationärer Hospize erarbeitet. Im Rahmen eines Workshops wurde der Anforderungskatalog mit Vertreterinnen und Vertretern der Vorstände der Landesarbeitsgemeinschaften Hospiz/Hospiz- und Palliativ-Landesverbände sowie aus stationären Hospizen diskutiert und weiter präzisiert. Im nächsten Schritt wird es nun darum gehen, das Verfahren zur Zertifizierung von stationären Hospizen weiter zu konkretisieren.

Initiative für eine Stiftungsplattform

Wie auch in der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 2009 beschlossen, plant der DHPV gemeinsam mit der Stiftung Stifter für Stifter die Initiative „Stiften für Hospiz“. Ziel des gemeinsamen Kooperationsprojekts ist es, die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Hospizbewegung zu verstärken, mehr Privatpersonen und Unternehmen in Deutschland zu einem Stifterengagement im Hospiz- und Palliativbereich zu bewegen und die Hospiz- und Palliativorganisationen durch geeignete Informationen zu unterstützen, eigene Serviceangebote für Stifter im Hospizbereich zu etablieren. Dazu ist vorgesehen, u.a. Informationsmedien zu erstellen, beispielhafte Stifter in die Öffentlichkeit zu bringen und vorhandene Hilfsmöglichkeiten für potentielle Stifter transparent zu machen. Beide Organisationen bereiten die Initiative derzeit gemeinsam vor; über den Verlauf des Projektes informieren wir Sie in den nächsten Ausgaben.